EVAL-Code:
POL135aa-TB38

Fotos: AdobeStock (2), picturedesk.com (2)

Die ganze Woche Nr. 40/25

Regeln sind zum Brechen da

Frankreich ist in Finanznot. Die Schulden der zweitgrößten EU-Wirtschaft könnten zur Gefahr für den Euro werden. Unser Finanzminister kann sich gemeinsame EU-Schulden vorstellen.

Der Ostermontag und der „Tag des Sieges" am 8. Mai bleiben den Franzosen als Feiertage erhalten. Das war eine der ersten Ankündigungen des neuen französischen Premiers Sebastien Lecornu.

Präsident Emmanuel Macron, der selbst immer unbeliebter wird, hat mit dem 39jährigen den fünften Regierungschef innerhalb von zwei Jahren eingesetzt. Dessen Vorgänger wollte zwei der insgesamt elf Feiertage streichen (bei uns sind es 13) – auch den 8. Mai, an dem Frankreich das Ende des Zweiten Weltkrieges feiert. Dem Budget sollte das 4,2 Milliarden Euro bringen, durch mehr Produktivität und Steuern. Das Sparpaket sah zudem weniger Beamte und eine „Null-Runde" für Pensionen und Sozialleistungen vor. Im Parlament gab es dafür keine Mehrheit. Hunderttausende gingen dagegen auf die Straße. Jetzt soll der neue Regierungschef Lecornu, ein Vertrauter Macrons, ein Sparbudget auf die Beine stellen. **Frankreich** droht zum Sanierungsfall zu werden. Die zweitgrößte EU-Volkswirtschaft und die siebentgrößte der Welt hat mit 3.300 Milliarden Euro den **größten Schuldenberg in der EU angehäuft**. Nur Griechenland und Italien haben, gemessen an ihrer wirtschaftlichen Jahresleistung, eine noch höhere Schuldenquote.

Frankreichs Präsident Macron

Die jetzige Schuldenkrise kommt Frankreich teuer

Die Zinsen für Staatsanleihen steigen, Frankreich muss für neue Schulden mehr Geld ausgeben. Selbst französische **Unternehmen bekommen zum Teil schon günstigere Kredite als der französische Staat.**

Das ist eine alarmierende Verschiebung, weil Staaten üblicherweise als verlässlichere Schuldner gelten. Die Euro-Kriterien erfüllt das Land bei Weitem nicht. Die EU-Kommission hat, ebenso wie gegen unser Land, ein Defizitverfahren gegen Frankreich eingeleitet. Bei Experten wächst die Sorge, dass das französische Schuldendesaster zur Gefahr für die Einheitswährung werden könnte und eine **neue Euro-Krise droht**.

„Die Dynamik der Staatsverschuldung ist eindeutig gefährlich", warnte Anfang September Olivier Blanchard, der frühere Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF). Im allerschlimmsten Fall könnte **Frankreich ein Hilfsprogramm des IWF** wie Griechenland während der Schuldenkrise benötigen. Den Löwenanteil der „Griechenland-Rettung" haben damals aber die Steuerzahler der Euro-Länder übernommen.

Jetzt wird spekuliert, ob die Europäische Zentralbank (EZB) die französische Volkswirtschaft mit dem Kauf von Staatsanleihen stützen würde. Zuletzt hat EZB-Chefin Christine Lagarde dazu keine Veranlassung gesehen.

Der **EZB ist es verboten, direkt Staatsausgaben zu finanzieren, aber bei Krisen kann die Zentralbank unbegrenzt Anleihen einzelner Länder kaufen**, damit die Zin-

sen nicht zu hoch werden. Das ist mit dem sogenannten Transmissionsschutzinstrument möglich. Dafür gibt es aber Auflagen, zum Beispiel die Einhaltung der „Korrekturmaßnahmen" des EU-Defizitverfahrens.

Es war der ehemalige französische Präsident Francois Mitterrand (1916–1996), der die Einführung der EU-Einheitswährung politisch durchsetzte. Damit wollte der Sozialist die deutsche Währungs-Dominanz brechen. In „der Mark spiegelt sich die **Macht der Deutschen** wider", soll Mitterrand schon 1987 erklärt haben. Ein Jahr später erklärte der Staatschef der Atommacht Frankreich die Schlagkraft der Nachbarn in einer Rede vor dem Ministerrat: „Die Deutsche Mark ist gewissermaßen ihre Atomstreitmacht."

Der Euro war der Preis für die deutsche Einheit

Als im November 1989 die Mauer zwischen Ost- und Westberlin fiel und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) kollabierte, war die schnelle Einführung der Gemeinschaftswährung der Preis, den Mitterrand für seine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung verlangte. Der Euro wurde am 1. Jänner 1999 als Buchgeld und drei Jahre später als Bargeld eingeführt.

Eigentlich dürfte in den Euro-Ländern der Staats-Schuldenstand nicht mehr als 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP), der volkswirtschaftlichen Leistung eines Jahres **betragen**, das jährliche Haushaltsdefizit höchstens drei Prozent des BIP. Kriterien, die Frankreich wiederholt verfehlt hat. Das Budgetdefizit betrug zuletzt 5,8 Prozent, die Staatsschuldenquote 114 Prozent des BIP. Bei uns steht das Haushalts-Minus bei 4,7 Prozent, die Schuldenquote beträgt 84,9 Prozent des BIP.

Für den früheren EZB-Chef und italienischen Premier Mario Draghi war schon vor einem Jahr **die Aufnahme gemeinschaftlicher EU-Schulden** die Lösung für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Deutschland war bisher immer strikt dagegen. „Die **Vergemeinschaftung von Risiken und Haftung** schafft demokratische und fiskalische Probleme", sagte etwa der damalige deutsche Finanzminister Christian Lindner im Vorjahr. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen scheint aber nicht abgeneigt. Das könnte Frankreich zugutekommen.

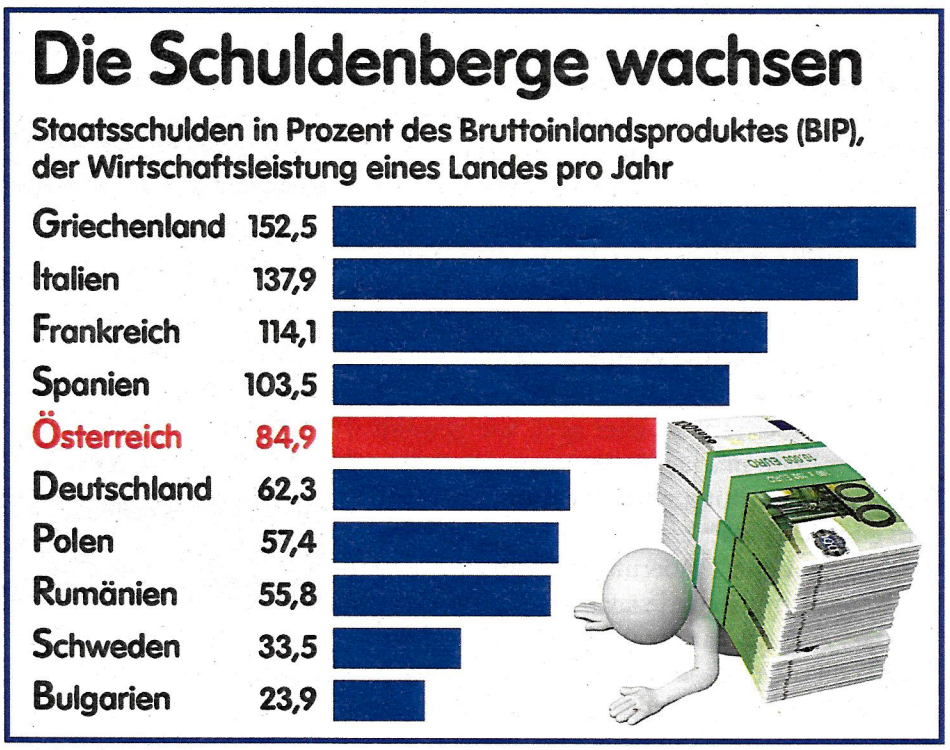
Der aktuelle Bericht des hiesigen Rechnungshofes zum Corona-Wiederaufbaufonds zeigt aber, wohin so etwas führen kann. Der bis zu 750 Milliarden Euro schwere Plan „NextGenerationEU" ist durch gemeinsame EU-Schulden finanziert.

In unser Land fließen bis zu 3,961 Milliarden Euro. **Der Zuschuss wird den Steuerzahlern laut Prognosen teuer kommen.**

„Aufgrund der mitzutragenden Tilgungskosten könnten die künftigen **Zahlungsverpflichtungen Österreichs an die EU deutlich höher ausfallen als die Zuschüsse**", heißt es vom Rechnungshof. „Beispielsweise belief sich eine Schätzung des Finanzministeriums zum Stand 2020 auf potenzielle 12,077 Milliarden Euro (zu den Preisen von 2018) an Tilgungskosten für Österreich." Ab spätestens 2028 bis zum Jahr 2058 muss die Tilgung erfolgen.

Trotzdem hat SPÖ-Finanzminister Markus Marterbauer vor Kurzem durchblicken lassen, dass er sich künftig gemeinsame EU-Schulden vorstellen kann, um das Wirtschaftswachstum zu fördern. Es brauche viel Diskussion innerhalb des EU-Finanzministerrates und anderen Institutionen, „aber **Schritt für Schritt gehen wir in diese Richtung**", sagte Marterbauer zu einer Finanz-Nachrichtenagentur. Als Wirtschaftswissenschaftler denke er, „dass dies die richtige Richtung ist."

Das Ziel sei, „die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit Europas zu erhalten und zu stärken", rechtfertigt der Finanzminister die Diskussion über Gemeinschaftsschulden. „Wir haben grenzübergreifende Herausforderungen, die nur gemeinsam gelöst werden können. Etwa bei der Bekämpfung der Klimakrise zum Beispiel durch den raschen Ausbau europäischer Bahnnetze und der Stromnetzinfrastruktur, wo Österreich ein wichtiges Transitland innerhalb der EU ist."



Finanzminister Markus Marterbauer